



PRESSEDIENST

VERBAND BILDUNG UND ERZIEHUNG – LANDESVERBAND NIEDERSACHSEN

Lehrergewerkschaft im »NBB – Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion«

Hannover, den 20.01.2014 – 01

VBE-Kritik an Schulpolitik

„ZUKUNFTSOFFENSIVE BILDUNG“ TAUMELT IN DAS JAHR 2014

- Lehrerschaft wird nicht mitgenommen –

Nach einem Jahr ROT-GRÜNER-Regierungsverantwortung hat die Landesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) Gitta Franke-Zöllmer eine kritische (erste) Bilanz gezogen und angesichts der demografischen und gesellschaftlichen Entwicklung klarere Konturen und Weichenstellungen für die Zukunftsfähigkeit Niedersachsens eingefordert. In der neuesten Ausgabe der Verbandszeitschrift „zeitnah“ (Vorabdruck 1-2/2014), Mitteilungen für die niedersächsische Lehrerschaft, schreibt sie u.a.:

„In den Schulen geht ein unruhiges erstes Schulhalbjahr zu Ende. Die unzureichenden Rahmenbedingungen für die Inklusion, der unterfinanzierte Ganztagsunterricht haben landesweit für Unmut gesorgt. Dazu kommt der Haushaltsbeschluss im Landtag, der die Aussetzung der erweiterten Altersermäßigung sowie eine Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung im gymnasialen Bereich vorsieht.

Inklusion ohne Ganztagsunterricht lässt sich nur schwer realisieren. Individuelle Förderung verbunden mit mehr Chancengleichheit lassen sich in einer Halbtagschule und zusätzlichen Betreuungsangeboten nicht verwirklichen. Der angekündigte Stufenplan zum gebundenen Ganztagsunterricht muss zügig umgesetzt werden. Alle diese Maßnahmen verlangen mehr Personal und bessere Rahmenbedingungen. In der Pflicht sind Bund, Länder und Kommunen. Im Koalitionsvertrag des Bundes sind finanzielle Entlastungen der Länder und Kommunen vorgesehen. Diese Mittel müssen in Niedersachsen in die „Zukunftsoffensive Bildung“ fließen. So werden Haushaltsmittel für Personalmaßnahmen frei. Besonderer Bedarf besteht in den Grundschulen durch die vielen zusätzlichen Aufgaben. Ein erster Schritt wäre die Erhöhung des Faktors für zusätzliche Belastungen von 0,3 auf 0,5 wie im Primarbereich der Förderschule. Grundsätzlich bedarf es einer Neubewertung der Arbeitszeit von Lehrerinnen und Lehrern. Die Jahrzehnte alten Maßstäbe sind weder alltagstauglich noch zukunftsfähig.

Angesichts der demografischen und gesellschaftlichen Entwicklung vermisst der VBE bei der jetzigen Regierung einen Plan zur Gestaltung der künftigen Schullandschaft. Dies allein den Schulträgern zu überlassen, reicht nicht. Bildungsregionen, in denen Schulentwicklungspläne erarbeitet werden, müssen verbindlich werden. Der Sekundarbereich I verdient besondere Aufmerksamkeit. Von Seiten der Politik muss die Oberschule als neue Schulform öffentliche Unterstützung erfahren und als gleichwertiges Angebot neben Gymnasium und Gesamtschule dargestellt werden. Restriktionen, die ihre Ausgestaltung hindern gehören abgeschafft.“

VBE-Landesvorsitzende Gitta Franke-Zöllmer mahnt: „Mit großer Sorge beobachtet der Verband, dass die Konsensfähigkeit in wesentlichen Gestaltungsfragen nds. Schulpolitik zwischen den Fraktionen des Landtags abgenommen hat. Nicht nur die „Inklusive Schule“ im Politikbetrieb droht unterzugehen, sondern auch die Debattenkultur im parlamentarischen Streit um die richtigen bildungs- und haushaltspolitischen Entscheidungen droht zu entgleisen.“